

Vattenfall-Privileg abgeschafft

Die bisherige Vergünstigung für den Braunkohletagebau beim Wassernutzungsentgelt entfällt. Rot-Rot rechnet mit Zusatzeinnahmen von rund 2,5 Mio. € im Jahr. Diese sollen zweckgebunden für wasserwirtschaftliche Aufgaben wie Gewässer- und Hochwasserschutz verwendet werden.

Eckpunkte zur Nachhaltigkeitsstrategie

Die Vorlage von Umweltministerin Anita Tack (DIE LINKE) benennt fünf Schwerpunktbereiche: Wirtschaft und Arbeit, Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer, Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel, zukunftsfähige Finanzpolitik und nachhaltige Bildungslandschaft. Die Auftaktveranstaltung für die landesweite Debatte über die Strategie, mit der das Leitbild der Nachhaltigkeit in der gesamten Landespolitik verankert werden soll, findet im Dezember 2011 statt.

Alle 25 Amtsgerichte bleiben erhalten

Alle 25 brandenburgischen Amtsgerichte bleiben nach dem Willen der rot-roten Landesregierung erhalten. Das Kabinett verabschiedete den Gesetzentwurf zur Gerichtsneuordnung, der bis Ende 2011 vom Landtag behandelt werden soll. "Die Justiz bleibt in der Fläche präsent", sagte Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE). Mit der Zustimmung zu dem Gesetz „endet eine lange Phase des Stillstands“, so Schöneburg.

InnoBB - Gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg

Im Mittelpunkt steht der Ausbau länderübergreifender Zukunftsfelder. Die Cluster Gesundheitswirtschaft und Energietechnik sind bereits gegründet. In Kürze geht "Verkehr, Mobilität und Logistik" an den Start; die Innovationsverbünde IKT, Medien, Kreativwirtschaft sowie Optische Technologien und Mikrosystemtechnik werden derzeit vorbereitet.

Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm in Umsetzung

Ziel ist es, die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und strukturelle, geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Das Programm ist mit anderen Schwerpunktprogrammen und Projekten der Landesregierung eng verzahnt. Das Landesgleichstellungsgesetz wird in diesem Sinne verändert. Bei der Erarbeitung waren alle Ressorts intensiv eingebunden; die Abstimmung mit dem Frauenpolitischen Rat war eng. Entsprechend positiv sind jetzt die Wertungen.

Wahlalter 16

In Brandenburg soll das Wahlalter grundsätzlich auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Damit würden bei den nächsten Landtagswahlen 2014 erstmals auch Jugendliche teilnehmen können. Auch bei Kommunalwahlen und Volksabstimmungen soll künftig Wahlalter 16 gelten.

Lobby-Register

DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben gemeinsam die Initiative zur Erarbeitung eines öffentlichen Registers der Interessenvertretung ergriffen. Dabei will man mehr als nur eine öffentliche Liste von Lobby-Organisationen, wie sie der Bundestag führt und die CDU forderte. Bis Februar 2012 sollen entscheidungsreife Vorschläge entstehen.

Hrsg.: DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam.
V.i.S.d.P.: Christian Görke (MdL)
Auflage: 1. / 500 / 20.10.2011



www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

Wir informieren

Wir informieren



Jahresbilanz 2011

Kurzübersicht

**Solide Arbeit für ein
solidarisches
Brandenburg**

Für starke Kommunen

Mit der Einführung eines Demografiefaktors und einer Finanzausgleichsumlage für besonders wirtschaftlich starke Kommunen wird das Ziel verfolgt, die finanzielle Situation der Kommunen zu stabilisieren und den interkommunalen Finanzausgleich solidarisch auszubauen. Während andere Bundesländer ihren Haushalt auf Kosten der kommunalen Finanzkraft konsolidieren, sollen in Brandenburg 2012 die allgemeinen Schlüsselzuweisungen um rund 167 Mio. € erhöht werden.

Mehr Neueinstellungen von Lehrern

Auf Drängen der LINKEN werden in diesem Schuljahr mindestens 250 Lehrkräfte statt der bisher geplanten 150 eingestellt. Insgesamt wird die Zahl der in der laufenden Legislaturperiode neu einzustellenden Lehrkräfte von 1250, wie noch im Koalitionsvertrag von 2009 vorgesehen, auf jetzt 2000 erhöht. Gleichzeitig werden zusätzlich 150 Plätze für Referendar_innen geschaffen, so dass die Zahl der Ausbildungsplätze auf insgesamt 900 steigt.

Kita-Wahlversprechen eingelöst

Die geplanten 900 zusätzlichen Stellen konnten zu Jahresbeginn auch tatsächlich besetzt werden. Völlig neu eingestellt wurden rund 450 Erzieher_innen, bei den übrigen 450 Teilzeitkräften wurden die Beschäftigungsumfänge erhöht.

Landesregierung bildet wieder aus und eröffnet Einstellungskorridore

Seit 2006 wurden keine Auszubildenden für die Finanzämter in Brandenburg mehr eingestellt. Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE) hat unverzüglich die Wiederaufnahme der Ausbildung neuer Bediensteter in der Steuerverwaltung des Landes Brandenburg durchgesetzt. Nachdem 2010 erstmals 15 neu eingestellte Anwärter_innen aus Brandenburg die zweijährige Ausbildung aufgenommen haben, hat sich 2011 die Zahl der eingestellten Anwärter_innen auf 30 verdoppelt.

Haushalt 2011

Ausgaben von gut 10 Mrd. €: Rot-Rot sieht den Etat als sozial ausgewogen an. Die Ausgaben des Landes für Bildung und Arbeit steigen auf fast 1,5 Mrd. € und erreichen damit knapp 15 % der Gesamtausgaben. Die Koalitionsfraktionen hatten in einigen Punkten nachgebessert: Ein Plus von 43 Mio. € für Kitas und von 3,2 Mio. € für das Schüler-Bafög. Für das neue Bafög des Bundes werden die Landesmittel um 6,7 Mio. € aufgestockt. Auch im Haushalt 2012 sollen bei den bildungspolitischen Zielen keine Abstriche gemacht werden; für die eigentliche Absicherung des Unterrichts, der Lehrerbildung/Fortbildung, der Weiterbildung und bei der Finanzierung der Kindertagesstätten gibt es keine Kürzungen in den Haushaltsansätzen.

Brandenburg treibt Initiative für eine europäische Finanztransaktionssteuer voran

Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) hat im EU-Ausschuss der Regionen die Aufgabe übernommen, eine Initiativstellungnahme des Ausschusses vorzubereiten, mit der der Kommissions-Vorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer unterstützt werden soll.

Mindestlohn per Vergabegesetz

Öffentliche Aufträge sind künftig an die Zahlung eines Mindestlohns von acht Euro gekoppelt. Damit sind in einigen Branchen Lohnsteigerungen um bis zu einem Drittel verbunden. Eine Kommission wird ggf. Anpassungen vorschlagen. Im II. Quartal 2012 soll der erste Bericht zur weiteren Gestaltung der Lohnuntergrenze vorliegen. Das Gesetz soll auch für Aufträge an private Dritte gelten. Für den öffentlichen Personennahverkehr wird eine Tariftreueregelung wirksam. Der Landtag beschloss zudem, dass ökologische und soziale Kriterien bei der Vergabe entsprechend den im Beschaffungshandbuch des Landes getroffenen Regelungen Beachtung finden müssen.

Vorreiter bei der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung

Gemeindeschwestern sollen Ärzte weiter und besser bei der medizinischen Versorgung auf dem Land unterstützen; das neue und bundesweit einmalige Projekt "Agnes 2" startete Anfang 2011. Im Rahmen der Krankenhausplanung haben wir den Kliniken mehr Planungssicherheit gegeben. Bei der Abrechnung und Vergütung von erbrachten Leistungen sind sie dadurch gestärkt. Die Möglichkeiten der Telemedizin werden immer stärker für eine bessere Betreuung und für mehr Lebensqualität von Patient_innen genutzt. Unter anderem wird erstmals eine Regelversorgung bei chronischer Herzinsuffizienz, insbesondere in strukturschwachen Regionen, gewährleistet.

Vorrang für Erneuerbare Energien

Brandenburg hat zum zweiten Mal den "Leitstern" gewonnen, den das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) für das nach ihrer Analyse führende Bundesland beim Ausbau erneuerbarer Energien vergeben. Von der EU-Kommission wurde Brandenburg als Exzellenz-Region mit einem "intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum" ausgezeichnet. Das stark umstrittene Bundesgesetz zur unterirdischen Speicherung von CO2 ist im Bundesrat gescheitert. Rot-Rot hatte an das Gesetz hohe technische und Sicherheitsanforderungen und zudem gefordert, dass eine bundesweite Regelung keine "versteckte Ausstiegsklausel" für einzelne Länder enthält. Die war dann aber doch im Bundesgesetz enthalten; Brandenburg erhob im Bundesrat dagegen Einspruch.



Direkt ins Netz zur PDF-Langfassung der Jahresbilanz 2011: Mit dem Smartphone nebenstehenden QR-Code einscannen.

Oder Dokument herunterladen auf der Netzpräsenz unserer Fraktion:

www.dielinke-fraktion.brandenburg.de